

Pressemitteilung

Ansbach, 19. August 2014

Offene Linke warnt vor Privatisierung des Retti-Palais - PPP-Modell für Kommune gefährlich:

„Retti-Palais für die Stadt Ansbach erhalten und mit Mehrwert für die Bürger nutzen“

Ganzheitliche Betrachtung aller städtischen Liegenschaften vorgeschlagen

Sicherlich ist die Intention des Stadtrats Otto Schaudig, das Retti-Palais unter Erhaltung der historischen Bausubstanz sanieren zu wollen, anerkennenswert. Zu begrüßen ist auch, dass für ihn auch künftig eine öffentliche Nutzung infrage kommt (vgl. *FLZ vom 16.08.14*).

Allerdings ist die seitens der CSU vorgeschlagene Umsetzung mittels einer Privatisierung der falsche Weg. Der Verkauf (beziehungsweise -wenn es nach Schaudig ginge- sogar das Verschenken) des Stadtpalastes an einen Investor, um es anschließend für die Stadt zurück zu mieten, ist ein alter Hut namens „Public-Private-Partnership“ (PPP). PPP-Projekte führen Kommunen in nahezu allen Fällen in eine finanzielle Sackgasse, wie man auch in Ansbach am Beispiel des Klinikums gut erkennen kann, wo PPP für mehr als neun Millionen Euro Verluste verantwortlich ist. Aufgrund vieler weiterer negativer Erfahrungen warnt der Bayerische Rechnungshof seit 2011 Kommunen ausdrücklich vor dem Weg der Privatisierung öffentlich zu nutzender Liegenschaften, explizit vor PPP.

Vielmehr will die Fraktion der Offenen Linken Ansbach (OLA) eine sinnvolle öffentliche Nutzung mit Mehrwert für die Bürgerschaft im Retti-Palais und anderen städtischen Gebäuden breiter diskutieren. Insbesondere während des Kommunalwahlkampfes wurden zahlreiche Vorschläge mit Blick auf mehr soziale, kulturelle oder die Nahversorgung der Bevölkerung betreffenden Angebote im öffentlichen Raum gemacht. Viele dieser Ansätze können nach Bekanntwerden der Anforderungen des Denkmalschutzes im Rathausareal wohl nicht realisiert werden. Daher ist es an der Zeit, eine ganzheitliche Betrachtung der -nach dem Verkauf der städtischen Wohnungen- nunmehr wenigen verbliebenen Gebäuden einzuleiten. Auch kreative Zwischennutzungen, wie derzeit die Kunstausstellung „Zeitenwende“ vorbildlich beweist, sind in diese konzeptionellen Überlegungen einzubinden.

Selbstverständlich können hierfür auch Partner aus der Bürgerschaft und der regionalen Wirtschaft gewonnen werden. Für die OLA kommt allerdings eine Privatisierung oder ein PPP-Modell nicht in Frage: „Wir wollen das Retti-Palais für die Stadt Ansbach erhalten und gemeinsam mit der Bevölkerung nachhaltige Nutzungskonzepte entwickeln“, betonte die OLA-Fraktion und verwies zudem auf die negativen Erfahrungen aus den zähen Auseinandersetzungen mit großen Konzernen in Hinblick auf denkmalschutzgerechte Sanierungen und sinnvolle Nutzungen im Innenstadtbereich, etwa beim Grauen Wolf oder dem Hofbräu-Gelände. Daher sollte die Stadt das Heft des Handelns bei einem derart wertvollen Objekt in stadtprägender Lage nicht ohne Not aus der Hand geben.

gez.

*Kerstin Kernstock-Jeremias
Boris-André Meyer
Uwe Schildbach*